

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Bahn 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. Inland. Ausland 3,50 RM. pro Monat. Einzelhefte 10 Pf. Die Abonnenten erhalten gratis ein Exemplar des Wochenblattes für Wilsdruff u. Umgegend. Die Abonnenten erhalten gratis ein Exemplar des Wochenblattes für Wilsdruff u. Umgegend. Die Abonnenten erhalten gratis ein Exemplar des Wochenblattes für Wilsdruff u. Umgegend.



Angabenpreis: Die 8 gepolte Kennzettel 20 Pf., die 4 gepolte Zettel der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die 2 gepolte Kennzettel im rechtlichen Teile 1 Reichsmark. Nachzahlungsgeld: 20 Reichsmark. Sonstige Angabenpreise nach Möglichkeit. Fernsprecher: Ami Wilsdruff Nr. 6. Für die Wichtigkeit der Nachrichten sind die Gebühren festgesetzt. Die Gebühren sind nach dem Inhalt der Nachrichten zu bestimmen. Die Gebühren sind nach dem Inhalt der Nachrichten zu bestimmen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 143. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Wilsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 22. Juni 1927

Die Zölle.

Die vom Reichskabinett in Aussicht gestellte Neuregelung der Zölle, die einerseits eine Herabsetzung des Zollniveaus andererseits die Erhöhung einzelner landwirtschaftlicher Zölle bringen soll, wird bei den kommenden Beratungen im Reichstage eine große Rolle spielen. Schon jetzt melden sich Stimmen aus den Oppositionsparteien, die sich gegen ein etwa geplantes „Durchbruchgesetz“ neuer Zollgesetze vor den großen Ferien des Reichstages wenden. Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Stettin wurde der Wunsch der deutschen Landwirtschaft bekräftigt, Ausdruck zu geben. Ein landwirtschaftlicher Mitarbeiter tendiert sich über die auf dieser Tagung in Erscheinung getretenen Hauptgegenstände folgende Ausführungen:

Es war vorzuziehen, daß die Vorschläge der Regierung, den autonomen Kartoffel- und Zuderzoll zu erhöhen und den Zwischenzoll für Schweinefleisch zu freieren, den Luftzoll für eine große Debatte auf der soeben stattgefundenen Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Stettin abgeben würde. Waren doch auch die für die Landwirtschaft zuständigen Minister des Reiches und Preußens anwesend und sofort nach der Eröffnungsansprache ergriß der Reichsminister Schiele das Wort, um die Agrarzölle im Rahmen unserer gesamten Zoll- und Produktionspolitik zu analysieren. Die Agrarzölle sind nicht etwa Selbstzweck — da bei denk man daran, daß Preußen bis in die achtziger Jahre hinein selbst in landwirtschaftlichen Kreisen durch aus freihändlerisch eingestellt war —, sondern sollen die Vorteile weitmachen, die das Ausland durch Klima, Bodenbeschaffenheit, Kapitalreichtum für seine landwirtschaftliche Produktion besitzt. Die Stürme des Weltmarktes sollen von der deutschen Produktion ferngehalten werden, damit sie auf längere Sicht — ihrer Betriebsform angemessen — arbeiten kann.

Nun wird hieraus mit dem Argument anerkannt, daß die deutsche Zollerböschung doch gegen die auch von den deutschen Vertretern befürworteten Auffassungen der Genfer Wirtschaftskonferenz verstoße, die auf einen allgemeinen Zollabbau abzielen. Dem hält nun der Minister entgegen, daß das Verhältnis zwischen den deutschen Agrar- und den Industriezöllen noch sehr ungleich sei der ersteren gestärkt sei und daß ferner die Zollmauern des Auslandes weit höher seien als die um Deutschland gezogenen. Und dazu kämen die Vorbehalte der deutschen Produktion durch die Reparationslasten in Form besonders hoher Steuern und Abgaben, so daß ihre Verdrängung durch das schon an und für sich begünstigtere ausländische Angebot auf dem deutschen Binnenmarkt ein leichtes ist. Sicherung der Produktivität, ihre schnelle Erhöhung ist aber eine solche nationale Selbstverständlichkeit, daß diese auch von der Genfer Konferenz nicht bestritten werde, weil sie im dringendsten Interesse der Volksernährung liege.

Der Minister verweist in diesem Zusammenhang auf das Aussehen unserer Handelsbilanz, die Ihre Passivität im wesentlichen dem Ankauf verdankt, daß der Posten „Lebensmittel und Getränke“ auf der Einfuhrseite in die Milliarden geht. Diese Passivität, gefeuert noch durch die Transferverpflichtungen aus dem Dawes-Plan, bedeutet eine sehr ernste Gefahr schon für die nächste Zukunft, bedroht unsere Wirtschaft und Währung. „Das unentbehrliche volkswirtschaftliche Mittel, das wir zur Sanierung unserer Zahlungsbilanz und zur physischen Sicherung der Ernährung nötig haben, sind Zölle auf die entbehrlichen Nahrungsmittel.“ Es bedeutet einen Glückszufall, wenn es — das mag hier eingeschaltet werden — gelingen sollte, die wieder gestiegene Einfuhr an Lebensmitteln im laufenden Monat weit zu machen durch eine Ausfuhrsteigerung von Fertigwaren, was angeblich erfolgt sein soll, so daß wir in diesem Monat hoffentlich die Passivität unserer Handelsbilanz nicht als wiederum erhöht würden feststellen müssen. Was wir, je unterstützt der Minister, durch den Verfall der Vertrag verloren haben, muß durchaus weitgemacht werden durch Vertiefung der Wärdertume und durch gesteigerte Wirtschaftlichkeit, die aus dem deutschen Boden das allerletzte herausholt, was herauszubolen ist.“ Der Endzweck der Agrarzölle ist also nichts anderes als einfach der, unser Volk satt und gesund zu machen.

Diese höchstmaßvolle Steigerung der Produktivität unserer Ernährungsbasis ist ja ein Gedanke, der nicht genug Verbreitung finden kann vor allem auch in den Kreisen der Konsumenten. Die Agrarzölle spielen eine Rolle ja niemals in den Zeiten einer Miskerte, wo sie bei den gestiegenen Preisen kaum in Betracht kommen, sondern nur dann, wenn eine allgemein gute Ernte die Vorteile der Agrarländer zum Übersiechen bringt und dadurch die Preise hart herunterdrückt. Der Zoll verbindet dann zwar nicht die Einfuhr an sich, wohl aber, daß diese Einfuhr zu unrechtiger Zeit erfolgt, wenn die Produktion noch weiter entwertenden Charakter annimmt, ohne dem deutschen Konsumenten irgendetwas Besseres zu bieten, andererseits aber die deutsche Handelsbilanz schwer belastet. Dem entspricht dann ein starkes Sinken der landwirtschaftlichen Kaufkraft, — kurz ein Auf und Nieder, das weder im Interesse des Konsumenten, geschweige denn des Produzenten liegt.

Alle diese Dinge lassen sich mit ein paar parteipolitischen Schlagworten nicht abtun, dazu sind sie zu ernst, und sie gewinnen noch an Bedeutung, wenn man auf die

Ein Denkmal deutschen Geistes.

Das neue Strafgesetzbuch.

Beginn der Reichstagsberatungen. (22. Sitzung.)

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die erste Beratung des Entwurfes eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches. Die umfangreiche Vorlage, die bereits die Zustimmung des Reichstages erhalten hat, umfaßt nicht weniger als 413 Paragraphen. Abg. Koenen (Komm.) beantragt, die Vorlage von der Tagesordnung abzusehen und erst eine Neuregelung des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Strafvollzugs herbeizuführen. Als von der Rechte der Auf erwidert: „Lassen Sie doch das in Ruhe machen!“ entgegen der Redner unter allgemeiner Beifall: „In Ruhe ist dies alles behens geregelt.“ Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

Das gewaltige Erlebnis des Krieges

durchgemacht. Der Grundgedanke des Entwurfes sei das Bestreben, den richterlichen Ermessen weitgehende Freiheit zu geben, als es das bisherige Strafgesetzbuch getan habe. Die bisher nur auf bestimmte Fälle beschränkten mildernden Umstände würden ganz allgemein zugelassen. Die Höchststrafen der Strafen seien im allgemeinen herabgesetzt worden.

In manchen Punkten veränderte der neue Entwurf die Strafen gegen früher. Er läßt die Mäßigkeit zu, den Gewohnheitsverbrecher, den keine Strafe bessere, in dauernde Sicherungsverwahrung zu nehmen, um die Gesellschaft zu schützen. Auch die geisteskranken Verbrecher, die bisher gewissermaßen mit einem Freibrief immer wieder auf die Gesellschaft losgelassen worden seien, könnten jetzt in Heil- und Pflegeanstalten interniert werden. Der Entwurf für

Reichsjustizminister Dergt

leitete dann die erste Beratung ein. Der Minister richtet zunächst ein Wort des Dankes an alle die, die in erster Reihe mit voller und liebevoller Arbeit mitgeholfen haben, dieses vor 25 Jahren begonnene Bauwerk zu vollenden. Es handele sich hier auch um ein Stück des Lebenswerkes des Abgeordneten Kahl. (Lebhafte Beifall.) Auch die Hilfe des Deutschen Sprachvereins sei nicht zu vergessen. Es handele sich hier aber um mehr als ein Werk einzelner Menschen. Es handele sich um ein Volkswerk, um eine historische Notwendigkeit. Es sei eine große Tat gewesen, als 1871 zum ersten Male seit den Zeiten der Karolinger wieder ein einheitliches Strafrecht für das ganze Deutsche Reich geschaffen worden sei. Die rechtliche Einheit aller Teile des Deutschen Reiches hätte damit geschaffen werden müssen. Seit 1871 hätten sich aber die Zeiten sehr geändert. Wir haben

schnell steigenden Zahlen des Dawes-Planes blickt. Es ist gar nicht darauf zu hoffen, daß es gelingen kann, sie durch eine ebenso schnelle Steigerung unserer Ausfuhr weitzumachen; wohl aber muß alles daran gesetzt werden, die Passivität unserer Handelsbilanz dadurch zu vermindern, daß die Lebensmittelfuhr so sehr als möglich durch Eigenproduktion ersetzt wird.

Entschließungen des Deutschen Landwirtschaftsrates

Auch der Reichslandbund fordert erhöhte Zölle. Die Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates nahm eine Entschlieung an, in der von den Verhandlungen über die Verlängerung des Zolltariffes mit lebhafter Sorge und Beunruhigung Kenntnis genommen wird. Sie hält insbesondere die Forderung des autonomen Zolltariffes für Kartoffeln auf eine Markt nicht für eine ausreichende Grundlage für die Sicherung der Erziehung und Landesstatistik im deutschen Osten, weil jede Ermäßigung dieses Satzes im Vertragswege eine erfolgreiche Förderung dieser Ziele unmöglich machen würde, und erwartet von der Reichsregierung und dem Deutschen Reichstage weitergehende Maßnahmen zur Erfüllung dieser handelspolitischen Aufgaben. — Eine weitere Entschlieung fordert von der Regierung des Reiches und der Länder ausreichende Unterstützung für Landesmeliorationen.

Auch der Reichslandbund hat zu der geplanten Neuregelung des Zolltariffes Stellung genommen. Der Reichslandbund hält einen autonomen Kartoffelzoll von einer Mark für den Doppelzwecker für völlig unzureichend, um die durch die Nachfolge und günstigeren Produktionsverhältnisse geschaffene Bevorzugung des ausländischen Kartoffelbaues auszugleichen. Der Reichslandbund bedauert ferner, daß seitens des Reichskabinetts für Schmalz und Fett nur eine unzureichende, für Wirtschaft überhaupt keine Zollregelung erfolgt ist und erwartet nunmehr, daß der Reichstag diesen Fehler der beachtlichen Tarifregelung ausgleicht. In der vom Reichskabinett zurzeit geplanten Neuregelung des Zolltariffes muß der Reichslandbund eine Schädigung der Grundlagen insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft und der ländlichen Neuendungen erwarten.

Außenhandelsstag in Hamburg.

Bevorstehender Empfang beim Reichspräsidenten. Die zweite Tagung der deutschen Auslands-Handelskammern in Hamburg wurde vom Präsidenten der Berliner Handelskammer, Franz v. Mendelssohn, begrüßt und eröffnet.

Reform des Strafvollzugs. Der Reichstag hat schon in allerhöchster Zeit nachgeh. Wie der Minister weiter mitteilte, hatte an der Strafrechtsreform ständig ein Vertreter des österreichischen Justizministeriums mitgearbeitet. Der Entwurf des neuen österreichischen Strafgesetzbuches deutet sich bis auf zwei Ausnahmen wörtlich mit dem neuen deutschen Entwurf. Die Ausnahmen seien nur erforderlich gewesen, weil die österreichische Verfassung die Todesstrafe ausschließe. Das sei ein schönes Zeichen der untrennbaren Kulturgemeinschaft beider Völker. (Lebhafte Beifall.) Der Minister begründete es weiter besonders, daß jetzt auch deutsche Frauen an der Schaffung des neuen Strafrechts mitwirken. Alle Abgeordneten möchten bei der Entscheidung über den Entwurf daran denken.

Die Stunde ist ernst und groß. Nutzen Sie sie zur Aufrichtung eines unzerstörlichen Denkmals des deutschen Geistes und des nationalen Rechtslebens. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Etappen der Reformarbeit.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) dankte den Fraktionen, daß sie ihm die Ehre gewährt hätten, als erster Redner die Aussprache zu eröffnen, weil er tatsächlich von Anfang an mit der Strafrechtsreform aufs engste verbunden gewesen sei. Aus den Erfahrungen seiner mehr als zwanzigjährigen Mitarbeit heraus schätzte der Redner dann die einzelnen Etappen der Reformarbeit. Schon 1918 sei der zweite Entwurf von 1913 ungenügend und auf dieser Grundlage die Reformarbeit wieder aufgenommen worden. Der dritte Entwurf sei 1919 fertig geworden und 1921 erst veröffentlicht worden. Dann sei der amtliche Entwurf von 1923 gekommen, der wieder überholt wurde durch den Entwurf des Ministers Radbruch. Dieser Entwurf, der das Opfer einer Regierungskrise geworden sei, hätte eine grundsätzliche Änderung des Strafrechts und neue vollständige Gedanken gebracht, die von den späteren Entwürfen übernommen worden seien. 1925 sei ein weiterer Entwurf erfolgt und jetzt liege der sechste vor. Die Ziele der Reform seien die Verbindung der Sicherung mit der Strafe. Wie der Redner weiter ausführte, hätte der Reichstag durch manche seiner Beschlüsse das Werk sehr erschwert, aber er habe doch das Vertrauen, daß dem Reichstag der große Erfolg gelingen werde. Der Redner betonte schließlich die Notwendigkeit, das Strafrecht zu entpolitisieren. Wenn die Strafrechtsreform jetzt nicht zustande käme, werde sie in absehbarer Zeit überhaupt nicht gemacht werden können. Die in Zusammenhang mit Österreich begabten nationalen Erwartungen würden dann enttäuscht und vielleicht nicht mehr erfüllt werden können.

Abg. Landsberg (Zsp.) gab seiner höchsten Bewunderung für die Rede des Abg. Kahl Ausdruck, die die Weltbeist des Alters mit dem schönen Feuer der Jugend gepaart und die Verhandlungen auf das würdigste eingeleitet habe.

Der Vorsitzende teilte mit, daß der Reichspräsident am Donnerstag eine Deputation der Auslands-Handelskammern und des Präsidiums des Deutschen Industrie- und Handelskongresses in Berlin empfangen wolle.

Reichskanzler a. D. Dr. Luther sprach über Auslandsdeutschtum und deutsche Wirtschaft. Wir müssen, so erklärte er, eine bewußte, stetige Wirtschaftspolitik treiben, und zwar sowohl für den inneren Markt wie auch für die Ausfuhr. Das Ziel müsse sein, daß unserem Volk auf dem eigenen Boden eine Notversorgung gesichert werde. Dr. Luther betonte weiter, daß die deutsche Kultur gepflegt werden müsse durch Förderung der Auslandsdeutschen, namentlich bei der Erhaltung der deutschen Sprache und durch die Werbung für die Sprache im Gastlande.

In der Diskussion wurde eine Resolution für die deutschen Auslandsdeutschen eingebracht, die einstimmig angenommen wurde. Das zweite Referat über die Verbindung zwischen Auslandsdeutschtum und der Heimat hielt Kaufmann Reif. Der Reichskanzler Dr. Marx sandte ein Telegramm an die Tagung, in dem er sein Ausbleiben wegen dringender Dienstgeschäfte entschuldigte. Der Reichskanzler fährt fort, er sei überzeugt, daß gerade in Hamburg, der allen hochbewährten Hansestadt, die deutschen Auslandsdeutschen wieder den ersten Willen der Heimat finden werden, mit ihnen zusammen die der Förderung deutscher Ausfuhr noch entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Die Vertreter der Auslands-Handelskammern möchten erneut das Empfinden mit in ihre zweite Heimat nehmen, daß das enge Band deutscher Kultur in der ganzen Welt alle umschließt, die deutschen Blutes sind.

Der schlesische Sejm geschlossen.

Die Parteien verlangen eine „außerordentliche Tagung“. Ministerpräsident Bismarck hat ein Dekret unterzeichnet, das die gegenwärtige Sitzungsperiode des schlesischen Sejms in Katowitz schließt. Es ist kein Zweifel, daß diese Maßnahme, die zum erstenmal in den fünf Jahren des Bestehens des Sejms erfolgt, den Zweck hat, die Verichterstattung des vom Sejm in seiner letzten Sitzung eingesetzten Sonderausschusses zur Untersuchung der Terrorfälle in Oberschlesien zu unterbinden.